

# Interview

## "Der Krieg im Nordosten muß beendet werden"

Mit zwei exponierten Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen, dem Tamilen S. Balakrishnan, Sekretär des 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) und dem Sinhalesen Wimal Fernando, Leiter des 'Movement for the Defence of Democratic Rights' (MDDR) sprach Walter Keller in Colombo über Chancen für einen Frieden in Sri Lanka:

Was war ausschlaggebend für den Wahlsieg der 'Peoples Alliance' (PA)?

S. Balakrishnan: In einem Land wie Sri Lanka sind bei Wahlen normalerweise Themen wie die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen, Preissteigerungen etc. vorrangig. In der Vergangenheit hat in Sri Lanka immer die Partei die Wahlen gewonnen, die das meiste in dieser Richtung versprach. Zum Beispiel 1977 war es die Nahrungsmittelknappheit, die dazu führte, daß die Regierung von Sirimavo Bandaranaike fiel.

Diesmal ging es den Wählern aber um das Ende eines Regimes, daß sich 17 Jahre lang oft mit undemokratischen Machenschaften an der Macht halten konnte. Es ging ihnen um das Ende von Repression und Unterdrückung, die von diesem Regime ausgingen, und es ging um das viele Geld, das diese Regierung für den Krieg im Nordosten ausgegeben hat.

Ausschlaggebend für die Niederlage der UNP war auch, daß viele Nichtregierungsorganisationen und vor allem die alternative Presse die PA unterstützten. Gerade die alternativen Medien haben die Politik der UNP bloßgelegt und damit maßgeblich zu ihrer Niederlage beigetragen.

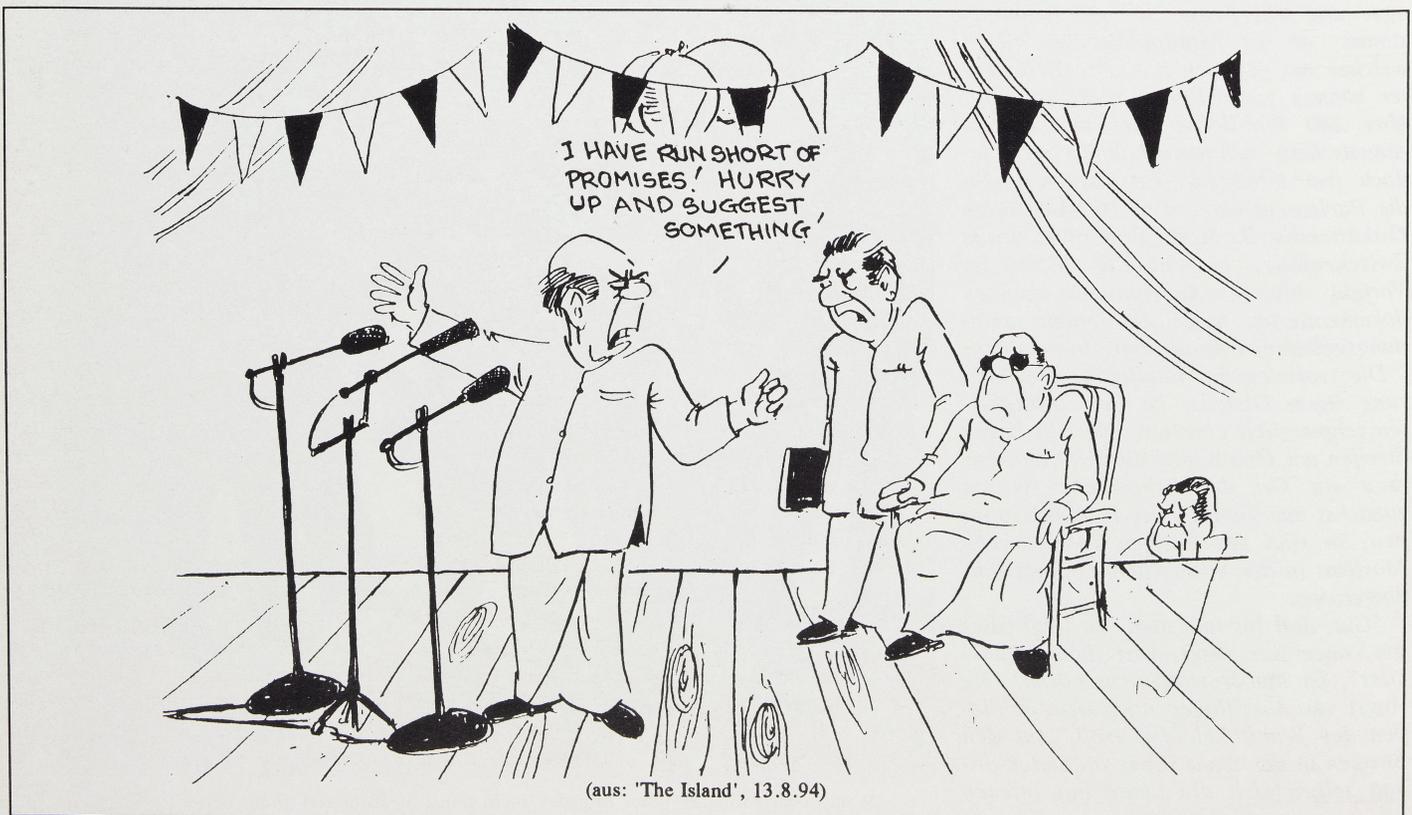
Was sind jetzt die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung?

S. Balakrishnan: Für mich ist die wichtigste Aufgabe, eine effektive politische Lösung des Volksgruppenkonfliktes herbeizuführen und den Krieg im Nordosten zu beenden. Zweitens muß in der Verwal-

tung "aufgeräumt" und die Korruption bekämpft werden. Drittens muß sie es schaffen, die demokratischen Werte und Traditionen innerhalb der Politik wieder zu verankern.

Natürlich müssen auch die Preissteigerungen auf ein verträgliches Maß reduziert und die Wohlfahrtsmaßnahmen des Staates gerade für die arme Bevölkerung verbessert werden. Letzteres ist zu schaffen durch die Beendigung des Krieges, der ja jährlich Milliarden verschlungen hat und zu dessen Finanzierung in den letzten Jahren die Wohlfahrtsmaßnahmen massiv reduziert wurden. Zum Beispiel im Gesundheitsbereich: Auf dem Papier besteht nach wie vor das Recht auf freie Gesundheitsvorsorge. Nur, wenn man in ein Krankenhaus geht, dann gibt es dort für die Patienten keine Medikamente. Die müssen sich die Kranken dann selber in Apotheken kaufen. Auch gute Ärzte gibt es kaum noch im staatlichen Gesundheitssystem. Die Leute müssen viel Geld bezahlen, um Privatärzte zu konsultieren. All das hat es früher nicht gegeben.

Wimal Fernando: Für mich ist das Wichtigste jetzt erst einmal, daß die Regierung dafür Sorge trägt, daß es nicht zu weitverbreiteter Gewalt nach den Wahlen kommt. Es gibt fast schon eine Tradition - seit etwa 1965 -, daß es nach den Wahlen zu Gewalttätigkeiten zwischen Anhängern der verschiedenen Parteien kommt. Es wäre ein guter Einstieg für die neue Regierung, wenn alles friedlich bliebe (bis auf wenige Zwischenfälle blieb es nach den Wahlen ruhig. Im Anschluß an die Wahlen wurde sofort eine 2 1/2 tägige, ununterbrochene Ausgangssperre ausgerufen, W.K.).



(aus: 'The Island', 13.8.94)

Auch für mich muß dann die Lösung des ethnischen Konfliktes angegangen werden. Aber es wird wohl noch bis zu den Präsidentschaftswahlen dauern, bis Konkretes erwartet werden kann. Die neue Regierung muß auch dafür Sorge tragen, daß die anderen Themen des Wahlkampfes nicht vergessen werden: Zum Beispiel die Garantie der Pressefreiheit oder die Reform der Polizei, damit diese sich wieder um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern kann, und zwar als unabhängige Institution.

Was ich nicht hoffe ist, daß sich die neue Regierung erst einmal ihrer wichtigsten politischen Gegner entledigt, wie es J.R. Jayawardene nach dem Wahlsieg seiner UNP 1977 tat (z.B. wurden der Ex-Premierministerin Sirimavo Bandaranaike, die bis zu den Wahlen von 1977 die Regierungsgeschäfte innehatte, die Bürgerrechte entzogen, W.K.).

Die neue Regierung kann sich also vor allem bei einer Lösung der Probleme im Norden und Osten ihre Sporen verdienen. Wirtschaftspolitisch werden Weltbank und Internationaler Währungsfonds kaum große Abweichungen von der Politik der UNP zulassen. Die sogenannte liberalisierte Wirtschaft wird wohl weitergeführt werden müssen.

Aber die Lösung des Volksgruppenkonfliktes würde zu einer immensen Verbesserung der finanziellen Lage des Landes führen. Es könnte viel Geld für Verteidigung gespart werden, das Ausland dürfte sicherlich bei den notwendigen Aufbauarbeiten helfen und ausländische Investitionen würden zunehmen. Aus politischen wie auch aus wirtschaftlichen Erwägungen muß die Premierministerin deshalb alles daran setzen, den Krieg zu beenden. Es darf da keine Kompromisse geben. Dann hat der Frieden eine große Chance.

**Gibt es denn realistisch gesehen überhaupt noch eine Chance, die beiden Seiten, die Regierung als auch die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), an den Verhandlungstisch zu bekommen?**

S. Balakrishnan: Ich erwarte keine sofortige Lösung, weil bis zu den Präsidentschaftswahlen noch Präsident D.B. Wijetunga von der UNP als Exekutivpräsident das eigentliche Sagen hat. Es gibt aber schon jetzt einiges, was die neue Regierung in die Wege leiten könnte, um gewissen Optimismus, gerade innerhalb der tamilischen Bevölkerung, zu verbreiten. Zum Beispiel wäre es möglich, daß seit Jahren in Kraft befindliche Wirtschaftsembargo zu beenden oder zumindest zu lockern (in den Norden des Landes dürfen aufgrund des Embargos zahlreiche Güter, z.B. Treibstoffe, nicht transportiert werden; das Embargo wurde mittlerweile teilweise aufgehoben, W.K.). Dann könnte man einen sicheren Reiseweg zwischen Norden und Süden schaffen, den es ja derzeit nicht gibt (Reisende von und nach Jaffna benutzen derzeit den verbotenen Weg über die Kilali-Lagune westlich des sogenannten Elephant Pass. Seit einiger Zeit besteht auch ein Verkehrsweg per Schiff vom nordöstlichen Trincomalee nach Kankasanturai auf der Jaffna-Halbinsel, der von der anti-LTTE Organisation 'Eelam Peoples Democratic Party', EPDP, betrieben wird). In diesem Zusammenhang plädiere ich jedoch nicht dafür, sozusagen einfach "die Tore zu öffnen" und einen freien Zugang vom Norden in den Süden zuzulassen. Natürlich gibt es da ein großes Sicherheitsrisiko. Das heißt, es muß kontrolliert werden, aber nicht auf die brutale Art und Weise. Solche vertrauensbildenden Maßnahmen könnten der tamilischen Bevölkerung zeigen, daß es die neue Regierung ernst meint. Und mit solchen Maßnahmen sollte sich die neue Regierung dann den Präsidentschaftswahlen stellen. Und wenn diese gewonnen sind, muß es so schnell wie möglich zu konkreten Schritten hin in Richtung einer Verhandlungslösung kommen. Mit guten Vorsätzen könnte es zu einer Lösung innerhalb der nächsten zwei Jahre kommen.

Man sollte sich dabei aber nicht am 'Indo-Lanka-Accord' orientieren, der den Menschen einen Lösungsversuch überzustülpen versuchte (im Juli 1987 wurde zwischen dem ehemaligen indischen Premier Gandhi und Sri Lankas ehemaligem Staatspräsidenten Jayawardene ein Vertrag unterzeichnet, der mit indischer Hilfe und der Stationierung indischer Truppen zu einem Ende des Bürger-

krieges auf der Insel führen sollte. Die indischen Truppen mußten jedoch im März 1990 die Insel wieder verlassen, ohne ihr Ziel erreicht zu haben, W.K.). Es ist wichtig, die Bevölkerung mit in ein Lösungskonzept einzubeziehen, sie muß sensibilisiert werden. Vor allem der sinhalesischen Bevölkerung muß klar gesagt werden, was da für ein Krieg geführt wird, die meisten bekommen ja keine klaren Informationen darüber oder werden manipuliert. Ihnen muß gesagt werden, daß dieser Krieg nicht gewonnen werden kann und daß er nichts als wertvolle Ressourcen verschlingt.

Auf tamilischer Seite muß versucht werden, die demokratischen Kräfte zu stärken. Der LTTE muß ein Lösungskonzept angeboten werden, das sie überzeugt. Ich glaube aber, daß außer mit der LTTE auch mit den anderen tamilischen Organisationen und Parteien über ein Lösungskonzept gesprochen und verhandelt werden muß. Militärisch muß man natürlich vor allem mit der LTTE über einen Waffenstillstand verhandeln, politisch sind aber auch die anderen tamilischen Kräfte einzubeziehen. Denn die LTTE ist bisher noch keine Vertretung der tamilischen Bevölkerung, die demokratisch gewählt worden ist. Sie hat ihre Hegemonie mit der Waffe erkämpft.

Die Regierung weiß ja genau, wie sich die Mehrheit der Tamilen eine Lösung innerhalb eines ungeteilten Sri Lankas vorstellen. Eine Lösung kann nur innerhalb eines föderativen und pluralistischen Konzeptes gefunden werden. Dieses Konzept muß der Bevölkerung des Landes vorgestellt werden; man muß darüber breit diskutieren, muß den Menschen verständlich machen, warum dies notwendig ist. Und wenn die Regierung dabei von den Medien positiv unterstützt wird, dann wird sie auch die Unterstützung der Masse der sinhalesischen Bevölkerung erhalten.

Natürlich wird es immer Sinhalesen geben, die sich gegen Zugeständnisse an Tamilen aussprechen, Organisationen wie die 'Jatika Chintanaya' oder einige buddhistische Mönche. Solche Kräfte gibt es auch in Südafrika oder in Israel.

**Wie wird sich denn die LTTE verhalten. Wird sie überhaupt Lösungsvorschläge akzeptieren, die sich unterhalb der Forderung nach einem eigenständigen Tamilenstaat bewegen? Es wäre ja nicht das erste Mal, daß die LTTE verhandelt, sich gleichzeitig aber schon wieder auf einen neuen Krieg vorbereitet.**

S. Balakrishnan: Dies ist sicherlich eines der möglichen Probleme. Viel hängt damit zusammen, daß die LTTE für sich ja das Alleinvertretungsrecht für die tamilische Bevölkerung beansprucht. Dies kann ihr natürlich nicht zugestanden werden. Wenn es allerdings zu Wahlen in den tamilischen Landesteilen kommen sollte bin ich davon überzeugt, daß die LTTE diese Wahlen gewinnen wird. Überlegenswert wäre ggfs. noch, ob ein Lösungskonzept von einer internationalen Vereinigung wie der UN abgesegnet und kontrolliert werden sollte.

Wenn sich die LTTE gegen eine Friedenslösung wenden sollte, dann müssen sich die demokratischen Kräfte innerhalb der tamilischen Bevölkerung gegen die LTTE stellen und sie bekämpfen. Und bei ihrer Niederschlagung würde ich dann auch internationale Hilfe in Erwägung ziehen. Insgesamt aber bin ich eher optimistisch. Ich denke, wenn die Mehrheit der tamilischen Bevölkerung für die Annahme eines Lösungskonzeptes gewonnen werden könnte, kann sich auch die LTTE nicht mehr widersetzen. Die LTTE ist ja nicht blind gegenüber den Wünschen der Menschen. Nehmen wir zum Beispiel das Bildungssystem, was ja gerade für die Jaffna-Tamilen bedeutender zu sein scheint als ihr eigenes Leben. Die LTTE hat selbst in der Kriegssituation der letzten Jahre alles daran gesetzt, die Schulen und die Universität geöffnet zu halten. Alle Examina des Staates, der ja andererseits bekämpft wird, wurden abgehalten. Das zeigt, daß die LTTE den Wünschen der Bevölkerung gegenüber sensibel ist. Man hätte ja auch die Schulen schließen können, um noch mehr Kämpferinnen und Kämpfer im Kampf einsetzen zu können. Eine vergleichbare Situation muß geschaffen werden bezüglich einer Friedenslösung. Nur die tamilische Bevölkerung ist in der Lage, die LTTE zu einer Annahme zu zwingen.

Warum hat die LTTE 1987 den 'Indo-Sri Lanka Accord' anfangs unterstützt? Weil die indischen Soldaten, die im Nordosten stationiert wurden, zuerst mit offenen Armen von der tamilischen Bevölkerung empfangen wurden. Der LTTE blieb gar keine andere Wahl, als diesen Vertrag zu akzeptieren. Glücklicherweise, könnte man für die LTTE sagen, hat sich die indische Friedensarmee nicht wie eine solche benommen. Die Inder haben große Fehler gemacht, haben sich provozieren lassen und so den Zorn der tamilischen Bevölkerung auf sich gezogen. Und das hat der LTTE dann eine neue Legitimation gegeben, später den Kampf gegen die indischen Truppen aufzunehmen. Aus dieser Erfahrung müssen jetzt Lehren gezogen werden. Ich muß allerdings nochmals betonen, daß eine Lösung nicht über Nacht erreichbar sein wird. Es wird ein langer, steiniger Weg werden. Aber die ersten Äußerungen der neuen Premierministerin sind sehr vielversprechend.

**Wenn wir die letzten zehn Jahre einmal Revue passieren lassen: Dies sind die Jahre, die vor allem im Norden - weniger im Osten - von der LTTE bestimmt wurden. Und in dieser Zeit hat die LTTE gerade bei jungen Menschen gehörig Gehirnwäsche betrieben. Und jetzt sollen gerade diese jungen Leute einer Lösung zustimmen, die vermutlich unterhalb dessen angesiedelt sein wird, für das sie mit der Waffe gekämpft und ihr Leben eingesetzt haben?**

Wimal Fernando: Dies wird sehr stark von der Überzeugungskraft des Führers der LTTE, Velupillai Prabhakaran, abhängen. Er muß seinen jungen Kadern klar machen, daß nur die politische Lösung langfristig Früchte tragen kann. Aber in jüngster Zeit scheint auch Prabhakaran etwas von dem Konzept Eelam, der Schaffung eines eigenen Staates, abgerückt zu sein. Er scheint sich offensichtlich auch eine andere Lösung vorstellen zu können, vorausgesetzt, sie ist gerecht und garantiert die Würde und Selbstbestimmung der tamilischen Bevölkerung. Und die Chancen dafür sind eigentlich so gut wie nie, weil offensichtlich auch die sinhalesische Bevölkerung bereit zu sein scheint, Zugeständnisse zu machen. Bei den Regionalwahlen in der Südprovinz im Mai diesen Jahres hat Präsident D.B. Wijetunga von der UNP noch einmal versucht, die fast ausschließlich aus Sinhalesen bestehende Bevölkerung dieser Provinz mit chauvinistischen, anti-tamilischen Sprüchen auf seine Seite zu bekommen. Die Bevölkerung hat ihm und seiner Partei eine Abfuhr erteilt. Dies war das erste Signal dafür, daß sich die Mehrheit der sinhalesischen Bevölkerung nicht mehr per se gegen eine Lösung des sogenannten Tamilenproblems stellt und das man sich nicht mehr - wie häufig in der Vergangenheit - von billigen kommunalistischen Kampagnen beeinflussen läßt. Dies hat sich jetzt bei den Parlamentswahlen erneut gezeigt. Die sinhalesisch-chauvinistischen Parteien wie die 'Mahajana Eksath Peramuna' (MEP) und andere haben eine schwere Niederlage erlitten. Für sie gibt es keinen einzigen Sitz im Parlament.

S. Balakrishnan: Ich möchte noch einmal auf die jungen tamilischen Kämpfer der LTTE zurückkommen. Eine Lösung muß natürlich auch klare Vorstellungen für deren Rehabilitation einschließen. Der 'Indo-Sri Lanka Accord' von 1987 vernachlässigte dieses Problem vollständig. Ich denke, hier muß man vielleicht ähnlich verfahren wie bei den Kadern des ANC oder der PLO. Gerade seit 1990 hat die LTTE vorwiegend Jugendliche rekrutiert, die oft nicht älter als 12 oder 13 Jahre alt waren. Sie haben ihre Ausbildung abgebrochen, um mit der Waffe zu kämpfen. Man muß nun darüber nachdenken, wie sie ihren Schulabschluß nachmachen können, man muß für berufliche Ausbildung sorgen etc. Das ist eine große Aufgabe, denn wenn hier nichts geschieht, könnte eine Friedenslösung gefährdet sein, weil frustrierte tamilische Jugendliche sich dann unter Umständen zu neuen Banden zusammenschließen.

Andere müssen in den Polizeidienst aufgenommen oder in die Armee integriert werden. Ein großes Problem für die Zukunft wird sein, die Sicherheitskräfte in etwa nach dem jeweiligen Bevölkerungsproporz zu besetzen. Unsere Polizei und die Streitkräfte bestehen derzeit ja fast ausschließlich aus Sinhalesen. Darüberhinaus

muß natürlich auch darüber nachgedacht werden, was aus den vielen Soldaten oder para-militärischen Kräften - etwa 150.000 Mann -, die während der letzten zehn Jahre vom Staat rekrutiert wurden, werden soll.

**Ist eine Situation vorstellbar, in der die 'Peoples Alliance' ihrer Führerin, Chandrika Kumaratunga, bei der Lösung des Volksgruppenkonfliktes ihre Unterstützung versagt? Und was für eine Reaktion ist von der UNP zu erwarten, wenn die Premierministerin ihre Lösungsvorschläge für den Nordosten präsentiert?**

S. Balakrishnan: Ich glaube, Chandrika wird im Großen und Ganzen die Unterstützung ihrer Partei und die der 'Peoples Alliance' finden. Es hat innerhalb der SLFP Leute gegeben, die ihr gegenüber nicht loyal waren. Diese Leute haben die Partei verlassen. Heute wollen weite Teile der Bevölkerung eine Lösung. Die Situation ist anders als zum Beispiel während der Jahre zwischen 1977 und 1987 unter Präsident Jayawardene. Die waren von massiver anti-tamilischer Propaganda, von sinhalesisch-chauvinistischem Gehabe geprägt, das die Regierung durch die von ihr kontrollierte Presse verkünden ließ. In dieser Zeit war die sinhalesische Bevölkerung für eine Lösung des Volksgruppenkonfliktes einfach nicht sensibilisiert.

Was die Reaktionen der UNP angeht, so wird es innerhalb der Partei sicherlich einige geben, die die Bemühungen der neuen Regierung zu bekämpfen versuchen. Dazu gehört sicherlich auch (der neue Oppositionsführer) Gamini Dissanayake. Nach außen wird er sich sicherlich als der große Demokrat verkaufen. Er ist aber in der Lage, aufgrund seines Einflusses und des vorhandenen Geldes, andere für chauvinistische Attacken vorzuschieben. Dissanayake (der vermutlich Kandidat der UNP für die im November anstehenden Präsidentschaftswahlen sein wird, W.K.) darf nicht unterschätzt werden. Deshalb müssen die demokratischen Kräfte im Süden, Akademiker, Nichtregierungsorganisationen etc. zusammenkommen, um solche Tendenzen zu bekämpfen.

**Es hat ja auf Seiten der Nichtregierungsorganisationen (NRO) ungeheuer viele Aktionen gegeben, die alle ein Ziel hatten: Freie und faire Wahlen sicherzustellen. Zum Beispiel wurden unter der Sammelbewegung 'Movement for Free and Fair Elections' nationale und internationale Wahlbeobachtergruppen zusammengestellt. Wie geht es jetzt auf Seiten der NROs weiter?**

Wimal Fernando: Wir müssen jetzt auf die Präsidentschaftswahlen im November hinarbeiten. Anschließend müssen sich die vielen Bewegungen für die Einhaltung der Rechte der Bürger einsetzen.

S. Balakrishnan: Von einigen NROs wurde innerhalb des vergangenen Jahres mit Hilfe von Experten eine alternative Verfassung für das Land ausgearbeitet, die alle unstrittenen Bereiche wie zum Beispiel ein föderatives Staatsgebilde, Pressefreiheit, Zusammensetzung von Polizei und Streitkräften oder einen ethnischen Proporz bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst anspricht. Wir wollen zu einer Verfassung kommen, die den multi-ethnischen Charakter Sri Lankas anspricht. Dieser Vorschlag für eine neue Verfassung muß jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt werden, damit die Menschen darüber diskutieren können.

**Neue Publikationen zu Sri Lanka (zu bestellen über das Südasienbüro, Preise einschl. Porto/Versand):**

- Report of the International NGO Election Observer Mission to the Sri Lanka Parliamentary Elections, August 1994, Preis: 40,- DM.

- University Teachers for Human Rights, Jaffna: Someone Else's War, 1994, 120 Seiten, 18,- DM.

- University Teachers for Human Rights, Jaffna: Frozen Minds and The Violence of Attrition, Report No. 13. 15. Juni 1994, 88 Seiten, 15,- DM.